

Entsprechenserklärung von Vorstand und Verwaltungsrat zum Jahresabschluss 2013 der IBB

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrats
---------	------------	--

1. Zusammenwirken von Vorstand und Verwaltungsrat

<p>1.1</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<ul style="list-style-type: none"> • Nachdem er selbst erst zu Beginn des Geschäftsjahres 2014 Kenntnis erlangte, informierte der Marktfolgevorstand der IBB den Verwaltungsrat darüber, dass keine Sozialversicherungsbeiträge für den Vorstand abgeführt wurden und, dass dazu weder ein Beschluss im Vorstand gefasst noch der Verwaltungsrat informiert wurde. Der Verwaltungsrat der IBB hat daher den Vorstandsvorsitzenden aus wichtigem Grund am 21.03.2014 abberufen. Im Übrigen liegen keine Erkenntnisse vor, dass der Vorstand den Verwaltungsrat nicht zeitnah und umfassend über wichtige Angelegenheiten der IBB informiert hat. • Soweit Personen, die nicht Mitglied des Verwaltungsrats sind, an dessen Sitzungen teilgenommen haben, wurden sie auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
<p>1.2</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats. 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Vorstand hat regelmäßig an den Sitzungen des Verwaltungsrats teilgenommen.
<p>1.3</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Verwaltungsrat abgestimmt. Der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. • Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender und wesentlicher Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich der Änderungen von Bewertungsverfahren dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung lag eine durch den Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung für den Vorstand vor.
<p>1.4</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsleitung, an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Es liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass, mit Ausnahme der unter Punkt 1. 1. genannten Umstände im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen, der Vorstand seiner Berichtspflicht nicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen ist. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente entsprach den normativen Vorgaben. • Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt sowie erforderliche Maßnahmen abgeleitet.
<p>1.5</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordnungsgemäßen Unternehmers. 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Verwaltungsrat ist seinen Pflichten unter Beachtung einer ordnungsgemäßen Unternehmensführung nachgekommen. Er hat die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen

<ul style="list-style-type: none"> • deutlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. 	<p>und gewissenhaften Verwaltungsrats gewährt. Mit Ausnahme der unter Punkt I. 1. genannten Umstände im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass der Vorstand seinen Pflichten unter Beachtung einer ordnungsgemäßen Unternehmensführung und der Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters nicht nachgekommen ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine D&O-Versicherung ist mit Selbstbehalt für den Vorstand und ohne Selbstbehalt für die Mitglieder des Verwaltungsrats abgeschlossen worden.
--	---

II. Vorstand

II. 1 <ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Vorstand führt die Geschäfte der IBB in eigener Verantwortung. Er hat grundsätzlich im Interesse der IBB und ihrer nachhaltigen Wertsteigerung gearbeitet. • Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand, mit Ausnahme der unter Punkt I. 1. genannten Umstände im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen, Sorge getragen. • Die IBB verfügt über ein den Anforderungen der MaRisk entsprechendes wirksames Risikomanagement und Risikocontrolling.
--	--

II. 2 <ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. • Eine Beschlussmehrheit ist in der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegt. • Der Vorstandsvorsitzende wurde mit Wirkung zum 21. März 2014 abberufen. Die IBB verfügte bis zum 13.04.2014 vorübergehend nicht über die nach dem Investitionsbankgesetz und nach § 8 Abs. 3 der Satzung der Investitionsbank Berlin vorgeschriebene Mindestanzahl von zwei Vorstandsmitgliedern. Die Handlungsfähigkeit des Hauses sowie die Beachtung der Kompetenzrichtlinien sind sichergestellt.
--	--

II. 3 <ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung. • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Vergütung des Vorstandes erfolgte auf Basis eines Jahresgehaltes (Fixum) und einer variablen Erfolgsvergütung. • Für das Geschäftsjahr 2013 wurden zwischen dem Vorstand und der Verwaltungsratsvorsitzenden Zielvereinbarungen abgeschlossen. • Die Vergütung jedes Vorstandsmitglieds wird im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert unter Angabe der Bestandteile ausgewiesen, wobei auf die Einhaltung des Abfindungs-Caps geachtet wurde.
--	---

III. Verwaltungsrat

III. 1 <ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat wahrgenommen. Das Gremium wurde, mit Ausnahme der unter Punkt I. 1. genannten Umstände im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen, in Entscheidungen von grundlegender und wesentlicher Bedeutung für die IBB einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Der Verwaltungsrat hat keine weiteren
--	---

	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	<p>Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprochen den Erfordernissen der Bank.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Verwaltungsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben.
III. 2	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis. 	<ul style="list-style-type: none"> • Anstellungsregelungen sowie Erst- oder Wiederbestellungen von Vorstandsmitgliedern werden im Plenum des Verwaltungsrats nach Vorfassung im Arbeitsausschuss entschieden. Eine Altershöchstgrenze für Vorstände ist in der Satzung festgelegt. Eine Nachfolgeregelung besteht nicht. • Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen im Plenum, ggf. nach Vorfassung im Arbeits- oder im Kreditausschuss. Darüber hinaus wurden den Ausschüssen durch eine vom Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung entsprechende Entscheidungskompetenzen übertragen.
III. 3	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsleitung / Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratsitzungen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Zwischen der Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. • Der Vorstand hat die Verwaltungsratsvorsitzende, mit Ausnahme der unter Punkt I. 1. genannten Umstände im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen, über besondere Ereignisse unterrichtet. • Die Verwaltungsratsvorsitzende wurde vom Marktfolgevorstand am 20.02.2014 über das Statusfeststellungsverfahren und das Sozialgerichtsverfahren für den Vorstandsvorsitzenden informiert. • Neben den ordentlichen Sitzungen des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses hat eine außerordentliche Sitzung des Kreditausschusses stattgefunden.
III. 4	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Zur Erledigung bestimmter Sachthemen und zur Steigerung seiner Effizienz sind vom Verwaltungsrat ein Arbeitsausschuss und ein Kreditausschuss gebildet worden. Diesen wurden durch eine vom Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung entsprechende Entscheidungskompetenzen übertragen. • Das Plenum des Verwaltungsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalte und Ergebnisse der Ausschussberatungen informiert.
III. 5	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein Verwaltungsratsmitglied hat die maximale Zahl von Aufsichtsratsmandaten erreicht. • Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. • Die Vergütung der Mitglieder wurde auf Basis eines Senatsbeschlusses geregelt und wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.
III. 6	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Zielvereinbarungen für den Vorstand wurden dem Arbeitsausschuss zur Beurteilung vorgelegt.
III. 7. und 8	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an den Aufsichtsratsitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein Verwaltungsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Verwaltungsratsitzungen teilgenommen. Im Geschäftsjahr hat sich der Verwaltungsrat keiner Effizienzprüfung unterzogen, da diese unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nur alle drei Jahre durchgeführt wird.

IV. Interessenkonflikte

IV. 1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. • Die Mitglieder des Vorstands haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten der IBB bekannt geworden.
IV. 2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstand und Verwaltungsrat haben im Geschäftsjahr eine stabile Steuerung und ein erfolgreiches Agieren der IBB, insbesondere die Erbringung des Berlin-Betrags, ermöglicht.
IV. 3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats. 	<ul style="list-style-type: none"> • Interessenkonflikte haben nicht bestanden.
IV. 5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit der IBB durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen bestanden nicht und wurden dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt. Eine Ausnahmeregelung für Geschäfte mit der IBB bestand nicht. • Dem Verwaltungsrat wurden weder Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge noch sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit der IBB zur Zustimmung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit der IBB erlassen.
IV. 6	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Ein Vorstandsmitglied hat zwei Aufsichtsratsmandate außerhalb der IBB wahrgenommen. Die Zustimmungen für diese Nebentätigkeiten wurden seinerzeit eingeholt.
IV. 7	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige. 	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliedern des Vorstandes wurden keine Darlehen gewährt. Für ein Mitglied des Verwaltungsrats bzw. einem Angehörigen dieses Organmitgliedes bestand ein Darlehen in Höhe von aktuell TEUR 10,9 zu marktüblichen Darlehensbedingungen.
V. Transparenz		
V. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen, etwa des Branchen- und Markumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen im Tätigkeitsbereich der IBB, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. • Unternehmensinformationen (z. B. der Geschäftsbericht der Bank) werden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Jahresabschluss wurde unter Benennung der Beteiligungsunternehmen der IBB entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Die Veröffentlichung von Quartalsberichten ist nicht vorgesehen.
-------------	---	--

	<p>mens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.</p> <p>• Erörterung der Zwischenberichte</p>	<p>• Zwischenberichte wurden vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand regelmäßig erörtert.</p>
--	---	---

VII. Abschlussprüfung

VII. 1	<p>• Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits.</p> <p>• Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungsbereich, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt.</p> <p>• Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.</p>	<p>• Der Rechnungshof hat im Rahmen der Beauftragung vom Abschlussprüfer eine Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht seitens Organen des Abschlussprüfers - mit der IBB, respektive seinen Organmitgliedern, bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.</p> <p>• Der Abschlussprüfer ist vom Rechnungshof von Berlin beauftragt worden, die Verwaltungsratsvorsitzende bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
VII. 2	<p>• Einteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung</p>	<p>• Der Rechnungshof von Berlin hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.</p>
VII. 3	<p>• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung.</p> <p>• Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>	<p>• Der Abschlussprüfer hat mit dem Rechnungshof vereinbart, diesen und den Verwaltungsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse zu unterrichten.</p> <p>• Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
VII. 4	<p>• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.</p>	<p>• Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Verwaltungsrats über den Jahresabschluss teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.</p>

Berlin,

Für den Verwaltungsrat

Berlin,

Für den Vorstand


Cornelia Yzer


Dr. Frank Schneider